Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Herausgeber und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 45 | — Erscheint wöchentlich 6 mal — Bezugspreis freibleibend | Halver Freitag, den 22. Februar 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Es heißt, daß die drei Regierungsparteien, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten, dem Wunsch der Regierung entsprechend keine Abänderungen zu den Verordnungen des Ermächtigungsgesetzes beantragen wollen.

* In einer Versammlung der deutschnationalen Beamtenschaft in Berlin machte Abg. Wessarp die Mitteilung, die deutschnationale Reichstagsfraktion werde in der kommenden Woche die Auflösung des Parlaments beantragen.

* Die französische Militärpolizei nimmt in der Pfalz weitere Verhaftungen von Bürgern als Geiseln vor. Die bewaffneten Separatisten werden in der nächsten Woche unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden entwaffnet und abtransportiert werden.

* Die Zahl der politischen Gefangenen in französischen Händen aus dem Ruhrgebiet hat sich infolge Verwendung der Reichsregierung von 5000 auf etwa 1500 vermindert. Deportationen finden nicht statt.

Reichstagsdämmerung.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Der Reichstag rüstet sich zum Sterben. Zum letzten Mal haben die Abgeordneten dieses Reichstages von „Muttern" Abschied genommen; den einen oder andern von ihnen mag das bange Gefühl beschleichen, daß dies das allerletzte Mal gewesen ist, daß nicht alle, die wiederkehren, sich der Heimat freuen werden. Die Wahlen in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg scheinen den Beweis erbracht zu haben, daß die Wählermassen zum großen Teil anderen politischen Anschauungen sich zuwandten als das 1920 bei den letzten Wahlen der Fall war. Das Charakteristische ist die jedesmalige starke Schwächung der Mitte und der Sozialdemokratie zugunsten der Flügelparteien ganz rechts und links.

Was Wunder, daß der soeben wieder zusammengetretene Reichstag ganz unter dem Zeichen der Wahlen steht und dabei jene Parteien der Mitte, also die Koalitionsparteien einschließlich der Sozialdemokraten, sich nach einer baldigen Neuwahl nicht gerade sehnen. Man spricht vorläufig von einem Wahltermin am 15. Juni — ungefähr der späteste, der verfassungsmäßig möglich ist. Nun ist aber die politische Situation so verzwickt, daß auch alles anders kommen kann.

Mehrere Verordnungen, die in der Ära des Ermächtigungsgesetzes von der Regierung erlassen worden sind, haben in weiten Kreisen starke Erbitterung hervorgerufen; so die Beamtenabbau-, die Justizeinschränkungs- und namentlich die dritte Steuernotverordnung. Dieser Erbitterung werden wohl die Oppositionsparteien durch Abänderungsanträge Ausdruck geben; aber auch die Sozialdemokratie, die ja nicht unbedingt zu den Regierungsparteien gehört, wird, nicht zuletzt aus Wahlrücksichten, die ja jetzt bei allen Parteien sehr, sehr maßgebend auf ihre Entschlüsse wirken werden, diese Opposition wenigstens teilweise mitmachen. Nun hat aber die Regierung erklärt, daß sie jeden Versuch einer grundlegenden Abänderung einer der vielen Notverordnungen mit der Auflösung des Reichstages beantworten wolle. Für sie gebe es nur eine Gesamtablehnung einer Verordnung. Aber die Regierung selbst ist natürlich auch nicht gerade entzückt von einer schnellen Anberaumung des Wahltermins, und versucht, die Opposition der Rechten durch das Versprechen zu mildern, den Wahltermin etwa Mitte Mai schon jetzt durch Verordnung festzulegen und dem augenblicklich tagenden Reichstag vorher nicht das Lebenslicht auszublasen, damit die Abgeordneten für die Zeit der Wahlagitation noch die Freifahrkarten und die Diäten haben. Das ist nämlich, angesichts der finanziellen Schwäche der Parteien, von großer Wichtigkeit. Es liegt also wesentlich in der Hand der Rechtsopposition, wie sich die weitere Entwicklung der politischen Lage gestalten mag, und hier ist noch nicht abzusehen, ob man sich nicht doch zum Sprachrohr der Erregung machen wird, aus Wahlrücksichten machen muß. Nicht zuletzt, weil diese Partei der bei ihr vorhandene Einfluß der Landbevölkerung vielleicht unter dem Druck der steuerlichen Belastung zu den oben angedeuteten Schritten zwingen wird. Hinzu kommen noch starke Bedenken gegen die Außenpolitik der Regierung.

Stresemann, der Außenminister, hat in Elberfeld erklärt, daß ihm für die Befreiung des Rhein-Ruhr-Gebietes kein Preis zu hoch sein würde, auch nicht die interalliierte Finanzkontrolle mittels der Goldnotenbank. Ist dieses Angebot, ehe man in Verhandlungen über das Reparationsproblem eintrat, schon als überflüssig, ja schädlich betrachtet worden, so verstärkt sich das Gerücht, daß die internationale Anleihe, die man uns vielleicht geben will, im wesentlichen basiert werden soll auf einer Verpfändung der Reichsbahn an das die Anleihe ausgebende internationale Finanzkonsortium. Dieses aber würde sich dann natürlich einen maßgebenden Einfluß auf das Tarifwesen wahren und es nach den wirtschaftlichen Interessen der an der Anleihe beteiligten Staaten umgestalten, nicht nach den Interessen der deutschen Wirtschaft. Wir verlören also die Tarifhoheit. Und dazu kommt die Befürchtung, daß Frankreich auf eine „Internationalisierung" des Rhein-Ruhr-Gebietes mit dem Völkerbund als Dirigent hinstrebt und dabei vielleicht auch die Zustimmung des in den Völkerbundgedanken vernarrten Macdonald finden wird. Was das aber heißt, wissen wir aus den Zuständen im Saargebiet.

Das sind die innen- und außenpolitischen Spannungen, die den Reichstag beherrschen und möglicherweise sehr bald sich entladen werden. Wann und wie, wird wohl erst die große politische Aussprache Anfang nächster Woche entscheiden; ob es Theaterdonner bleibt oder eine wirkliche Explosion wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Beamten beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler empfing die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft zu einer Aussprache über die wichtigsten schwebenden Beamtenfragen. Es wurden insbesondere die Wünsche und Beschwerden über die Personalabbauverordnung und ihre Durchführung, über die Dienstzeit- und Urlaubsregelung und über die Besoldung vorgetragen. Der Reichskanzler sagte den Spitzenorganisationen zu, die Beschwerden zu prüfen, insbesondere die Frage der Schaffung einer Schiedsstelle.

Beschlagnahme deutschen Besitzes in Südtirol.

Auf Grund einer Bestimmung des Friedensvertrages, wonach Besitzungen von Angehörigen des Deutschen Reichs im Wert von mehr als 50 000 Lire der Beschlagnahme verfallen, sind in Bozen das Gasthaus „Goldener Schlüssel" und die Konditorei von Herbert Stark beschlagnahmt worden. Die bisherigen Eigentümer verwalten von nun an als Pächter ihren bisherigen eigenen Besitz. Auch die Liegenschaften zahlreicher anderer Reichsdeutscher, die einen Wert von mehr als 50 000 Lire ausmachen, sind zugunsten des italienischen Staates eingezogen worden.

Die zukünftigen Minister Thüringens.

In der ersten Sitzung des dritten Thüringer Landtages wird neben der Wahl des Landtagspräsidenten auch die Wahl der Regierung vorgenommen werden. Bei der Präsidentenwahl und der Wahl der Regierung wird der völkische Block mit dem Ordnungsbund zusammengehen. Als kommende Minister werden genannt Dr. Sattler, der ehemalige Meininger Landrat, Dr. Dölle-Sondershausen und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Leutheuser-Jena. Die Regierung soll von drei Ministern und vier Staatsräten gebildet werden.

Schadenersatzforderung an die hessische Regierung.

Die hessische Regierung erhielt durch die Rheinlandkommission eine Schadenersatzforderung der französisch-belgischen Regie in Höhe von 85 000 Franken für Zerstörungen, die am 26. Juni 1923 durch eine Explosion im Bahnhof Mettenheim (Rhein-Hessen) angerichtet worden sein sollen. Von der Explosion weiß aber weder die hessische Regierung noch ein Mensch in ganz Hessen etwas.

Um die Auslieferung Roßbachs.

Der in Wien verhaftete Oberleutnant Roßbach wurde dem dortigen Landesgericht eingeliefert, wo er verbleiben wird, bis auf Grund des von der Münchener Staatsanwaltschaft erlassenen Steckbriefes wegen Hochverrats über die Auslieferung ein Beschluß gefaßt sein wird. Sollte die Auslieferung an Bayern wegen politischen Delikts nicht verfügt werden, so wird die Ausweisung aus Wien erfolgen. Zunächst wird auch das Verfahren gegen Roßbach wegen falscher Ausweisdokumente und falschen Passes sowie wegen Falschmeldung durchgeführt.

Nordamerika.

× Schadenersatzprozeß deutscher Reedereien. Der Rechtsbeistand der deutschen Schiffahrtsgesellschaften, unter anderem der Hapag und des Norddeutschen Lloyd, hat vor dem zuständigen Bundesgericht der Vereinigten Staaten seine Ansprüche begründet, in denen er ungefähr 300 Millionen Dollar als Entschädigung für die im Krieg von den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Passagier- und Frachtdampfer verlangt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Beamtengehälter sollen für den Monat März nicht, wie im letzten Monat, in zwei Hälften, sondern mit zwei Dritteln zu Beginn des Monats und mit einem Drittel am 17. März gezahlt werden.

München. Die demokratische Fraktion des Stadtrats in Ingolstadt hat sich aufgelöst und ist mit der Mehrheit der Ortsgruppe dem deutsch-völkischen Block beigetreten.

Speyer. Monsignore Testa erklärt, daß die Nachricht, er habe einen Zusammenstoß mit einem Separatisten gehabt, unrichtig sei. Er empfinde es höchst peinlich, wenn er in die Politik hineingezogen werde.

London. Wie von maßgebender Seite verlautet, entbehren die Gerüchte, wonach Macdonald die baldige Niederlegung des Amts des Staatssekretärs des Äußern erwäge und wonach sein Gesundheitszustand nicht gut sei, jeder Grundlage.

Washington. Der amerikanische Staatssekretär Hughes hat einem Mitglied des Repräsentantenhauses brieflich mitgeteilt, die amerikanische Regierung halte die Einberufung einer neuen Konferenz zur Beschränkung der Seerüstungen in diesem Augenblick nicht für opportun.

Wiederbeginn des Reichstages.

(398. Sitzung.) CB. Berlin, 20. Februar.

Bei der Eröffnung durch den Präsidenten Löbe ist das Haus nur mäßig besetzt. In seiner einleitenden Rede erinnerte der Präsident an den Ablauf des Ermächtigungsgesetzes und hob hervor, daß dies voraussichtlich die letzte Tagung des Hauses vor der Wahl ist. Während das Haus sich erhob, gedachte der Präsident des Ende Dezember v. J. verstorbenen langjährigen Direktors beim Reichstage, Jungheim.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begründete der Kommunist Bartz einen dringenden Antrag seiner Partei auf sofortige Aufhebung der auf Grund des § 48 der Reichsverfassung und des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen und forderte sofort die Besprechung.

Der sozialistische Abg. Müller-Franken widersprach diesem Antrage mit der Begründung, daß die Regierung sich bereit erklärt habe, in den ersten Tagen der nächsten Woche sehr ausführlich ihre Haltung während der Dauer des Ermächtigungsgesetzes darzulegen. Infolge weiteren Widerspruchs aus dem Hause konnnte der Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Dank an Österreich.

Als erster Punkt kam der Gesetzentwurf zum Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe und der Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Österreich zur Beratung. Dies gab dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann Gelegenheit, dem österreichischen Volke für die Hilfe zu danken, die es trotz der eigenen Not in letzter Zeit dem deutschen Volke geleistet habe. Er sprach weiter die Hoffnung aus, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden stammverwandten Völkern durch den abzuschließenden Handelsvertrag noch mehr befestigen mögen. Das Gesetz wurde ohne weitere Debatte in allen 3 Lesungen angenommen, ebenso auch der Gesetzentwurf über Danziger und memelländische Rechtsangelegenheiten.

Das Gesetz zur Änderung der Kraftfahrzeuglinienverordnung ging an den Ausschuß. Dann folgte die Beratung der beiden

Interpellationen über die Pfalz.

Die Interpellation des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen betreffend die durch die Separatistenbewegung in der bayerischen Rheinpfalz geschaffenen Zustände wurde von dem Zentrumsabg. Hoffmann (Ludwigshafen) begründet.

Der Abgeordnete wies auf die schrecklichen Monate hin, die die Pfalz hinter sich habe, und noch sei der Horizont nicht ganz erhellt. Den rechtsrheinischen Bayern riet der Redner dringend, eine kluge und zurückhaltende Politik zu treiben. Diese Mahnung gelte besonders den jüngeren Elementen. Er könne bezeugen, daß Kollege Hoffmann-Kaiserslautern nicht an eine Trennung der Pfalz vom Reiche gedacht habe, aber die Franzosen hätten ihre Netze so geschickt gestellt, daß ihnen die Leute ins Garn gingen. Er gab dann ein Bild vom Wesen der Separatisten und hob hervor, daß von diesen Helden im Durchschnitt jeder 20 Vorstrafen habe, einer hätte es sogar auf 35 gebracht, und das nenne man in Paris die Freunde Frankreichs. Rühmend wurde die Tätigkeit des englischen Generalkonsuls in München, Clive, hervorgehoben und der Wunsch ausgesprochen, sein Bericht müsse der Öffentlichkeit übergeben werden, damit die Welt die Wahrheit erfahre.

Der Demokrat Korell begründete die Interpellation seiner Partei, die sich in erster Linie mit den in der Pfalz durch separatistische Gewalthaber getroffenen Anordnungen beschäftigte. Auch dieser Redner gab ein Bild von dem Treiben der Separatistenbanden und unterstrich besonders die ihnen von den Franzosen gewordene Unterstützung. Der Redner dankte dem Außenminister für seine Note vom 2. Februar, in der so mannhaft Protest gegen die Methode der Okkupation Ausdruck gegeben wurde. Zum Schluß forderte er, daß die Alliierten endlich für die Zurückführung der aus der Pfalz Ausgewiesenen sorgen.

Der dritte Redner aus dem Hause war der Abg. Schultz-Bromberg von der Deutschnationalen Volkspartei, der einen Antrag seiner Freunde vertrat, wonach ein Gesetz gefordert wird, das für Verbrechen des Hochverrats im besetzten Gebiete die Todesstrafe verhängt und sofort das Verfahren gegen die Hochverräter eingeleitet werden soll.

Nun vertagte sich das Haus auf morgen.

Preußischer Landtag.

(300. Sitzung.) tt. Berlin, 20. Februar.

Das Haus beschäftigte sich zunächst mit einer Vorlage zur Änderung der Reisekosten- und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats, die in allen ihren Teilen abgelehnt wurde. Darauf trat das Haus in die Beratung eines Antrages des Unterrichtsausschusses auf

Unterstützung der Privatschulen

ein. Das Staatsministerium soll ersucht werden, die Etatsmittel für diesen Zweck aufrechtzuerhalten und bei Bemessung der Unterstützungen darauf Bedacht zu nehmen, daß die Besoldungsverhältnisse der Lehrkräfte der Privatschulen den Verhältnissen der öffentlichen Schulen angepaßt werden.

Abg. Frau Wronka (Zentrum) forderte die konfessionelle Erziehung in den Privatschulen und größeren Einfluß der Eltern. Die Sozialdemokratin Frau Dr. Wegscheider erklärte es für unmöglich, staatliche Schulen zugunsten der Privatschulen abzubauen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Das Haus geht über zur gemeinsamen Beratung der Anträge zur Unterstützung der Erwerbslosen, Aufhebung des Reichsmietengesetzes, über Behebung der Wohnungsnot, Förderung der privaten Bautätigkeit usw. Der Hauptausschuß empfiehlt die Annahme der Anträge in einer abgeänderten und ergänzten Fassung.

Dr. Schacht von Paris zurück.

Goldnotenbank und Reparationen.

Der deutsche Reichsbankpräsident ist nach den mehrfachen Verhandlungen mit den Sachverständigenkommissionen in Paris nach Berlin zurückgereist, soll aber voraussichtlich nächste Woche wieder in Paris sein, um weiter zu beraten. Die Vorsitzenden der Sachverständigenkommissionen hatten eine mehrstündige Konferenz mit Poincaré.

Französische Pläne.

Unter Vorsitz Poincarés fand eine Ministerkonferenz statt, an der auch die französischen Sachverständigen teilnahmen. Gegenstand der Beratung war einmal Berichterstattung der Sachverständigen sowie über die Pläne Dr. Schachts, seine Vorbehalte zur Schaffung der Goldnotenbank, ferner Mitteilung Poincarés an die Sachverständigen über seine Auffassung.

Hierbei hat sich herausgestellt, daß beide Meinungen ziemlich weit auseinandergehen. Es fehlt nicht an lebhaften Bemühungen Englands und Amerikas, Frankreich dazu zu bewegen, dem Ruhrgebiet bald seine wirtschaftliche Unabhängigkeit wiederzugeben und die Sicherung der französischen Pfänder nur durch die Aufrechterhaltung einer möglichst unsichtbaren militärischen Besetzung vorzunehmen.

In amerikanischen Kreisen wird versichert, daß man in dieser Frage wohl mit einem Nachgeben Frankreichs rechnen könne, wenn ihm Garantien gegeben würden, daß während des Deutschland zu bewilligenden Moratoriums die Naturallieferungen, besonders die an Kohlen, nicht

unterbrochen würden; andernfalls aber würde ein neuer weit stärkerer Konflikt in der ganzen Ruhrfrage innerhalb der Entente ausbrechen und Frankreich dann alle Pläne der Sachverständigen rundweg verwerfen.

Poincaré für Ruhrräumung?

Der Bericht der Sachverständigen soll bereits vorliegen und dem französischen Ministerpräsidenten von dem Delegierten Parmentier unterbreitet worden sein. Der Bericht sehe die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes und eine rein geschäftliche Lösung des Reparationsproblems vor. Poincaré soll sich, so behauptet „Chicago Tribune", grundsätzlich mit den Schlußfolgerungen des Berichts einverstanden erklärt haben.

Die neue Vollzugsgewalt in Bayern.

Staatskommissare in München, Nürnberg und Oberbayern.

Der bayerische Ministerrat hat eine neue Verordnung über „Maßnahmen zum Schutze und zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" erlassen, die infolge des Rücktritts des Generalstaatskommissars notwendig geworden sind. Die Vorschriften über die Einsetzung des Generalstaatskommissariats und die diesem erteilten besonderen Vollmachten werden aufgehoben und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden besondere Beauftragte der Staatsregierung mit der Dienstbezeichnung „Staatskommissare" bestellt, und zwar in München, Nürnberg und Oberbayern. Die Staatskommissare können Verordnungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erlassen. Sämtliche Behörden des Reiches, der Länder und der Gemeinden, mit Ausnahme der Gerichte, Verwaltungsgerichte, Staatsanwaltschaften und Militärbehörden sind verpflichtet, den Verordnungen Folge zu leisten. Zudem sind sie berechtigt, die Hilfe der Wehrmacht anzufordern. Auch die Verhängung der Schutzhaft wird geregelt. Infolge vorübergehender Aufhebung der Pressefreiheit können Druckschriften jeder Art zeitweise verboten werden.

Keine internationale Reichsbahn.

Die Umwandlung der Bahn.

Berlin, 20. Februar.

Der ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrats trat zu einer Sitzung zusammen, um über Vorlagen der Verwaltung in Tariffragen zu beraten. Nach Eröffnung ergriff Reichsverkehrsminister Oser das Wort. In längeren Ausführungen wies er auf die Entwicklung der Reichsbahnen hin und schilderte die Wirkung der Verhältnisse an Rhein und Ruhr auf die Eisenbahnen. Weiter ging er auf die Umwandlung der Reichsbahn auf privatwirtschaftlicher Grundlage ein. Im Zusammenhange mit den vielfach veröffentlichten Meldungen über eine Internationalisierung der Reichsbahn fand ein vom Geheimen Kommerzienrat Arnhold eingebrachter Antrag einstimmige Annahme. Der Antrag erklärt sich entschieden gegen eine etwaige fremde Einflußnahme auf die deutsche Reichsbahn.

Die zukünftige Militärkontrolle.

Ein Garantieausschuß.

Aus London wird berichtet, in britischen Kreisen sei man in der Frage der künftigen Kontrolle deutscher Rüstungen für Annahme der vorläufigen Kompromißlösung, die im Spätherbst des Jahres 1922 vor der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebietes aufgestellt wurde. In diesem Falle würde die gegenwärtig tätige und kostspielige Kommission ersetzt werden durch einen weit kleineren Garantieausschuß, der sich auf die Vollendung der Entwaffnung Deutschlands in wirklich wichtigen Punkten, wie Artillerie, Tanks, Luftfahrt und Giftgasfabriken konzentrieren würde, statt auf geringere Waffen und Organisationen. Die Kosten dieses kleineren Ausschusses könnten, wie im Jahre 1922 angeregt worden sei, von den Alliierten getragen werden.

Fällige Steuerzahlungen.

Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums.

Die erste Rate der Vermögenssteuer ist am 29. Februar 1924 fällig. Mit Rücksicht darauf, daß wichtige Bewertungsfragen für die Veranlagung zur Vermögenssteuer auf den 31. Dezember 1923 in der erst jetzt verabschiedeten Dritten Steuernotverordnung geregelt sind, können die Vermögenssteuererklärungen frühestens in der zweiten Märzhälfte abgegeben werden. Eine entsprechende Hinausschiebung des ersten Zahlungstermines am 19. Februar ist bei der Finanzlage des Reichs völlig ausgeschlossen. Danach bemißt sich die Einzahlung der ersten Vermögenssteuerrate am 29. Februar 1924 nach der zweiten Steuernotverordnung. Es haben hiernach zu entrichten:

Erwerbsgesellschaften, für die die Steuerkurse oder Verkaufswerte ihrer Anteile, Schuldverschreibungen oder Genußscheine bis zum 29. Februar ermittelt sind, die Hälfte des Vermögenssteuerbetrages, der sich bei Zugrundelegung der Summe der Kurswerte ergibt. Der Steuerkurszettel wird spätestens am 25. 2. erscheinen. Andere Erwerbsgesellschaften haben das Sechsfache des zweiten Teilbetrages der Brotversorgungsabgabe zu entrichten. Bei allen übrigen Steuerpflichtigen beträgt die Vermögenssteuerrate das Dreifache des zweiten Teilbetrages der Brotversorgungsabgabe.

In den Fällen, in denen das Drei- bzw. Sechsfache des zweiten Teilbetrages der Brotversorgungsabgabe wesentlich über die Hälfte der nach dem Vermögen bemessenen mutmaßlichen Vermögenssteuer hinausgeht, können die Steuerpflichtigen ihr Vermögen nach dem Stande vom 31. 12. 1923 gemäß der Zweiten Steuernotverordnung schätzen und die Hälfte der darauf entfallenden Vermögenssteuer bis zum 29. Februar zahlen. In der Mehrzahl der Fälle wird hiernach das Drei- bzw. Sechsfache der zweiten Brotversorgungsrate hinter der Hälfte der Vermögenssteuer zurückbleiben. Deshalb muß nach einer ausdrücklichen Bestimmung in der Dritten Steuernotverordnung der Differenzbetrag bei Abgabe der Vermögenssteuererklärung nachgezahlt werden.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 22. Februar 1924.

□ **Die Rückkehr der alten Kupfermünzen.** Halbamtlich wird mitgeteilt: Durch die Verordnung der Reichsregierung vom 11. Februar 1924, die am 14. Februar im Reichsgesetzblatt verkündet worden ist, sind die alten Ein- und Zweipfennigstücke den Rentenpfennigen gleichen Wertes rechtlich gleichgestellt worden; die alten Kupfermünzen können deshalb künftig in der gleichen Weise zu Zahlungen verwendet werden wie die Rentenpfennige; die öffentlichen Kassen nehmen sie zu jedem Betrage an. Es ist jedoch zu beachten, daß sich die Verordnung nur auf die Kupfermünzen, nicht auch auf die alten Nickelmünzen (Fünf- und Zehnpfennigstücke) bezieht. Den letzteren die gleiche Zahlkraft zu verleihen, war schon deshalb nicht angängig, weil mit ihnen zugleich die stark unterwertigen Eisen- und Zinkmünzen über die gleichen Nennbeträge in den Verkehr zurückgeflossen wären, was zu einer kaum erträglichen Unsicherheit geführt hätte.

☞ Der **Postbezug des „Allgemeinen Anzeigers"** und des **„Schalksmühler General-Anzeigers"** mit der illustrierten **Gratisbeilage „Zeitgeschehen im Wochenbild"** für den Monat März muß jetzt erneuert werden, da die Briefträger mit der Einziehung der Abonnements-Erneuerungen für März beginnen. Sollte aus irgend einem Grunde die Erneuerung unterblieben sein, dann werfe man den Bestellschein unfrankiert in den nächsten Postkasten oder gebe den Schein dem Postboten mit.

—* **Vermögenssteuererklärung erst im März.** In einem in der Bezirksgruppe Berlin des Zentralverbandes deutschen Großhandels gehaltenen Vortrag teilte Ministerialrat Zarden Hauptreferent für die Einkommen- und Vermögenssteuer im Reichsfinanzministerium mit, daß die Vermögenssteuererklärungen mit Rücksicht darauf, daß die dritte Steuernotverordnung noch nicht verabschiedet sei erst im März abgegeben werde.

—* **Die Postbestellung auf dem Lande.** Zu den Maßnahmen, die die Postverwaltung durchführen will, um den Betrieb wirtschaftlicher zu gestalten, gehört u. a. auch eine Einschränkung der Postbestellung auf dem Lande. Wo die Rücksicht auf Rentabilität es erforderlich oder wünschenswert erscheinen läßt, soll die Bestellung auf dreimal in der Woche beschränkt werden. Wenn dieser Plan zur Durchführung gelangt, dann würden wir was die postalischen Verhältnisse auf dem Lande betrifft, glücklich wieder auf dem Stande von Urgroßväterszeiten angelangt sein. Muß das sein? Ist kein anderer Ausweg möglich, um den Postbetrieb auf eine wirtschaftlich gesunde Grundlage zu stellen? Die Post muß alles aufbieten, um ihren Etat ins Gleichgewicht zu bringen und ohne Zuschüsse auszukommen. Aber ist es nötig, deshalb den Verkehr der ländlichen Bevölkerung mit der Außenwelt förmlich zu erdrosseln? Man spricht von Kulturopfern, die gebracht werden müssen. Nirgends ist dieser Appell weniger am Platze als hier. Die Bewohner des Landes haben immer viele und schwere Arbeit geleistet, aber am Genuß kultureller Errungenschaften immer nur in sehr bescheidenem Maße teilnehmen können. Muß man ihnen wirklich auch das Wenige noch nehmen? Man muß sich vergegenwärtigen daß in den meisten ländlichen Gegenden auch der Eisenbahnverkehr äußerst kümmerlich ist. Bis die Postsachen auf so und viel Nebenlinien heranrollen, ist gerade genug Zeit verstrichen, ehe sie die Postagentur erreichen. Wenn sie dann hier noch 1—2 Tage liegen sollen, bevor man sie weitergibt an die Empfänger, so sind das Zustände unter denen ein auch nur einigermaßen befriedigender Geschäftsverkehr auf dem Lande völlig ausgeschlossen ist.

□ **Halver,** 21. Febr. Im Gottesdienst am kommenden Sonntag wird Herr Missionar Theis von der Barmer Mission die Predigt halten, ebenso den sich anschließenden Kindergottesdienst. Herr Missionar Theis wirkte lange Jahre, auch während des Krieges, auf Sumatra. Er ist auch in unserer Gemeinde von früheren Predigten und Vorträgen her wohlgekannt.

+ **Kierspe,** 21. Febr. Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen unter dem Viehbestande von Emil Eichholz in Bruch. Den Sperrbezirk bildet das Gehöft Bruch.

+ **Kierspe-Bhf.,** 21. Febr. Auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Firma Friedr. Hesendehl konnte E. Wernscheid von hier zurückblicken.

Lüdenscheid, 21. Febr. Beim Eislauf verunglückt ist auf der Fuelbecker-Talsperre der Arbeiter W. L. von hier. Der Bedauerndswerte kam so unglücklich zu Fall, daß er ein Bein brach. Der Verunglückte wurde in das städtische Krankenhaus überführt.

hk **Lüdenscheid,** 21. Febr. Vorträge: Der Handelskammer ist es möglich geworden, in Lüdenscheid eine Reihe von Vorträgen über betriebswissenschaftliche Fragen halten zu lassen, die bereits im benachbarten Hagen i. W. vor ausverkauftem Hause außerordentlichen Beifall gefunden hat. 1. Herr Dipl.-Ing. Seubert, Düsseldorf (Schüler von F. W. Taylor, U. S. o. A.) wird sprechen „Ueber das Wesen neuzeitlicher Betriebsführung und wirtschaftlicher Verwertung des Materials". 2. Herr Dipl.-Ing. Regnault, Werden/Ruhr über „Die wirtschaftliche Verwertung der menschlichen Arbeitskraft (Zeitstudien)." 3. Herr Privatdozent Dr. Ing. Friedrich, Hannover über „Psychotechnik und Organisation" und 4. Herr Dipl.-Ing. Seubert, Düsseldorf über „a. Selbstkostenberechnung, b. Einführung neuzeitlicher Betriebsmethoden." Das in den Vorträgen Gebotene ist ganz hervorragend, da die Herren Redner auf ihren Gebieten Fachleute ersten Ranges sind, die ihre Themata vom wissenschaftlichen und praktischen Standpunkte aus vollständig beherrschen. Die augenblickliche Zeit ist die richtige, um der Industrie die Anregung zur wissenschaftlichen Betriebsführung, mit der vielerorts bereits ganz erhebliche Leistungssteigerungen erzielt sind, zu geben. — Die Vortragsstunden sind so gewählt, daß den Interessenten nicht zuviel Zeit verloren geht, auch die auswärtigen gut daran tailnehmen können. (Näheres siehe heutiges Inserat.)

Nah und Fern.

○ **25 Jahre Biologische Reichsanstalt.** Im Hörsaal des Botanischen Gartens in Berlin-Dahlem fand anläßlich des 25jährigen Bestehens der „Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft" ein Festakt statt. Der Leiter der Anstalt, Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Appel, hielt die Festrede, in der er die Geschichte der Reichsanstalt und ihre Entwicklung schilderte.

○ **Ulms „Neuer Bau" durch Feuer zerstört.** Durch Großfeuer wurde in Ulm der in der Nähe des Münsters, auf der Stelle, an der sich einst die alte Kaiserpfalz befand, Ende des 16. Jahrhunderts errichtete „Neue Bau", eine Sehenswürdigkeit der Stadt, eingeäschert. Drei Personen sollen umgekommen sein. Im „Neuen Bau" war das Hauptzollamt untergebracht.

„Tote, die leben"

Roman von A. Hottner-Grefe.

17) Nachdruck verboten.

„Das will ich meinen", stimmte Weinhart zu. „Hier im Garten war jedenfalls eine Frau und vor gar nicht langer Zeit. Denn sonst hätten Regen und Sonne die Farbe des Stoffes schon gebleicht. Freilich ob diese Frau heute Nacht hier war oder schon früher, das steht dahin. So wären wir also nicht nur einer dritten, sondern sogar schon einer vierten Person auf die Spur gekommen, welche in die Angelegenheit verschwebt ist. Aber die Sache wird dadurch nur immer dunkler."

„Nun, vielleicht kann Dr. Richter Licht hinein bringen", meinte Rolf Irwein. „Aber nun lassen Sie uns zu Ende kommen, denn die Zeit drängt."

Die beiden gingen zur Gartenmauer hinab und der Förster beobachtete genau den Boden und die ganze Umgebung. Aber trotz allen Bemühens konnten auch seine geübten Jägeraugen nicht den geringsten Anhaltspunkt mehr entdecken.

„Wir haben wohl heute genug erreicht", sagte Rolf. „Ich muß mich auf den Weg machen, sonst komme ich nicht mehr recht zur Ankunft meiner Schwester. Das kleine Restchen Spitze nehme ich mit mir. Sie aber, lieber Weinhart, lassen im Gartenhause und Garten alles genau so wie es war. Sorgen Sie für den Hund, den ich als Wache hier lassen will und sehen Sie häufig, vielleicht auch bei ihren nächtlichen Reviergängen, im Jägerhause nach. Wenn Sie das geringste Auffällige beobachten, so geben Sie mir ungesäumt Nachricht. Merken Sie sich alles gut, was wir heute hier gesehn haben, aber schweigen Sie darüber gegen jedermann. Wir wollen erst hören, was Dr. Richter von der Sache denkt. Heute noch, sobald die Leiche meines armen Vaters in die Leichenkammer überführt ist, fahre ich nach Wien und setze den Richter von allem in Kenntnis. Die Schlüssel von hier lasse ich in Ihren Händen."

Die beiden Männer trennten sich.

Weinhart wandte sich der Försterei zu, Rolf aber schlug einen Seitenpfad ein der ihn rasch zum Bahnhof führte. Hinter ihm lag das Jägerhaus, das ein so seltsames Geheimnis umschloß, in düsterem Schweigen.

6. Kapitel.

Was die alte Kathrin sah.

Es waren furchtbare, schwere Minuten für Rolf Irwein, als er, den Zug erwartend, welcher Hella bringen sollte, vor dem kleinen Bahnhofsgebäude auf und ab schritt. Natürlich hatte sich die Nachricht von Werner Irweins jähem Tode schon in der allernächsten Umgebung verbreitet und jeder Begegnende sprach Rolf an, bedauerte den tragischen Fall und wollte womöglich von dem Sohne die Einzelheiten genau erfahren.

Rolf empfand es wohl bei vielen, daß da ein echtes Mitgefühl die übliche Neugierde übertraf. Der Vater war ungemein beliebt und geachtet gewesen und hatte, wo und wann er nur konnte, den Menschen seiner Umgebung Gutes getan. Trotzdem er ja selbst oft mit schweren Sorgen zu kämpfen hatte, half er stets aus, wenn es ihm möglich war, wenn Not und Mangel irgendwo drohten. Und so war auch er einer von jenen Menschen, welche bei ihrem Scheiden von dieser Erde eine goldene Spur hier hinterlassen, die noch lange in den Herzen der Ueberlebenden fortleuchtet.

Heute aber waren alle die vielen, gutgemeinten Worte geradezu eine Qual für den jungen Mann. Der Stationsvorstand Anton Wörle, ein graubärtiger, alter Beamter, erkannte dies wohl und ersuchte die Leute, den Sohn Werner Irweins jetzt in Ruhe zu lassen.

„Ihr müßt halt bedenken", sagte er zu ein paar Bauern und Arbeitern, die herandrängten — „der Mensch is ganz auseinander. Erstens hat er selber so furchtbar an dem Vater gehangen, und dann hat er jetzt auch noch die schreckliche Aufgabe, das Unglück dem jungen Mädel so schön sachte beizubringen, der Hella. Die kommt mit dem nächsten Zug. Er hat ihr nur telegraphieren lassen, daß sie hier dringend notwendig ist und sonst nichts. Das arme Mädel wird natürlich außer sich sein! Ich fürcht' mich schon selber beinah' auf den Augenblick, wenn sie aussteigt!"

Diese Angst erwies sich als unbegründet, denn als dann einige Minuten später der Zug wirklich einlief, der Hella Irwein brachte, sahen Rolf und der Stationsvorstand sofort an dem schmerzerfüllten Ausdruck in dem jungen, schönen Mädchenangesicht, daß Hella schon weit mehr wußte, als ihr der Bruder hatte depeschieren lassen. Sie fiel Rolf um den Hals und ein furchtbares Schluchzen schüttelte den zarten Körper. Fest legte sie den goldblonden Kopf an die Schulter des Bruders.

„Rolf! Jetzt sind wir ganz allein!" sagte sie leise, kaum verständlich.

Er fragte um nichts, sondern streich nur immer wieder zärtlich über die blasse Wange der Schwester. Die Leute, die wohl manchen Blick voll Mitleid auf die Geschwister geworfen hatten, aber in einer fast ehrerbietigen Entfernung blieben, murmelten ein paar bedauernde Worte und zerstreuten sich. Irgend jemand sagte lauter:

„Na ja, hart is halt so 'was! Heut' nachmittag soll die Leich' überführt werden —"

Da hob Hella Irwein den Kopf, rückte ihr Hütchen zurecht und löste sich sanft aus den Armen Rolfs.

„Komm!" sagte sie, „wir müssen auch gehen! Heimgehen! Gibt es denn noch ein Heim für uns?"

Sie rang mühsam gegen die aufsteigenden Tränen. Aber sie war ganz nach ihres Vaters Art und raffte alle ihre Kräfte zusammen, um wenigstens äußerlich stark zu erscheinen. Ja Irwein war ja noch so jung, aber durch das frühzeitige Ausscheiden ihrer Mutter aus der Häuslichkeit waren in dem Mädchen alle Sinne der Frau früher zur Reife gekommen. Sie hatte zeitig gelernt für andere zu sorgen. Sie hatte wirtschaftliche Kümmernisse aller Art tapfer mit dem Vater getragen und es war nicht zum mindesten ihrer Tüchtigkeit und aufopfernden Pflichttreue zu danken, daß es in den letzten harten Jahren doch möglich gewesen war, das Gut mehr und mehr aufwärts zu bringen.

So war Hella Irwein schon ein ganz fertiger Mensch. Das hatte sie auch heute zu beweisen gehabt, denn die Nachricht vom Tode ihres Vaters traf sie in einer äußerst harten Form. Sie saß im Abteil und fuhr, dem Telegramm ihres Bruders Folge leistend, heimwärts. Da stieg ein Mann ein sprach mit einem anderen von dem furchtbaren Unglück. Unwillkürlich horchte Hella auf, erst noch ahnungslos, von wem da die Rede war. Allmählich wurde es ihr zur entsetzlichen Klarheit.

(Fortsetzung folgt.)

immer die Notwendigkeit seines aktiven Eingreifens bei dem französisch-deutschen Abkommen betont, da dies nach der Ansicht der europäischen Diplomatie eine wesentliche Vorbedingung für die Gültigkeit der Abkommen darstellt.

Arbeiter und Angestellte.

Hamburg. (Krisis auf den Seeschiffswerften.) In einer Versammlung der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Werftarbeiter wurde eine Entschließung angenommen; in der es u. a. heißt: Die Versammelten beschließen, daß, falls die Werftbesitzer durch Anschlag an den Arbeitsstellen eine längere Arbeitszeit wie bisher bekanntgeben sollten, sie diesem Verlangen nicht Folge leisten werden, sondern zur gebotenen Stunde den Betrieb verlassen werden. Die Schließung der Kieler Werften droht unmittelbar.

Hirschberg. (Beendete Aussperrung.) Die Aussperrung in der schlesischen Holzindustrie ist durch Beschluß des Arbeitgeberverbandes beendet. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

London. (Der Hafenarbeiterausstand.) Der Streik dehnt sich bisher noch weiter aus. Die Regierung hat Kenntnis davon erhalten, daß die Geschäftsleute in verschiedenen Teilen des Vereinigten Königreiches die Lebensmittelpreise um 33 bis 50 % verteuerten. Diese Verteuerung wird als völlig ungerechtfertigt bezeichnet und als Spekulationsgewinn profitgierigster Geschäftsleute angesehen. Um aber für alle Notfälle entsprechende Maßnahmen zu treffen, beschloß das Kabinett, sich mit seinen juristischen Ratgebern ins Benehmen zu setzen. Die Führer der streikenden Gewerkschaften drohen mit Ausdehnung des Streiks auf den Überlandverkehr und den Omnibusverkehr. 5000 Postsäcke aus Amerika wurden angehalten.

Hamburg. (Lohnstreik bei den Hamburger Flußschiffswerften.) Die auf den Flußschiffswerften beschäftigten Arbeiter hatten eine Lohnerhöhung von 45 auf 50 Pfennig je Stunde verlangt. Diese Forderung wurde von den Arbeitgebern als unannehmbar abgelehnt. Auf Veranlassung des Schlichtungsausschusses erklärten sich die Arbeitgeber zu nochmaligen Verhandlungen bereit, verlangten jedoch eine Verlängerung der Arbeitszeit bei einer etwaigen Lohnerhöhung. Diese Forderung wurde von den Arbeitern zurückgewiesen und in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung die sofortige Arbeitsniederlegung beschlossen. Ein verbindlicher Schiedsspruch spricht die Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Stunden pro Woche und Lohnerhöhung von 1 Pf. pro Stunde aus.

Wien. (Die Zwistigkeiten im Bankgewerbe.) Der Streik der Bankbeamten ist in vollem Gange. Die Ausständigen und die ausgesperrten Beamten veranstalteten eine Massenkundgebung vor dem Rathaus mit anschließendem Demonstrationszug über die Ringstraße, an der etwa 20 000 Personen teilnahmen. Mit Ausnahme der Zentralsparkasse, der Gemeindebank, der Arbeiterbank und der Postsparkasse ruht die Arbeit bis auf den von den Direktoren aufrechterhaltenen einständigen Verkehr in allen Bankbetrieben.

Wien. (Theaterstreik.) Als Protest gegen die Massenkündigungen bei den hiesigen Theatern beschlossen die Betriebsräte sämtlicher Privatbühnen einen eintägigen Generalstreik an einem noch zu bestimmenden Tage.

London. (Der Ausstand der Hafenarbeiter.) Der Generalrat des Gewerkschafts-Kongresses hat beschlossen, den an dem Dockarbeiterstreik beteiligten Gewerkschaften die Unterstützung der britischen Gewerkschaftsbewegung zu gewähren. Der Dockarbeiterstreik hat den Eisen- und Stahlhandel bereits unterbunden, obgleich die volle Wirkung des Streiks noch nicht eingetreten ist. Das Europa- und Importgeschäft hat so gut wie ganz aufgehört. 4000 Transportarbeiter sind in den Sympathiestreik eingetreten, 100 auf den Schiffswerften beschäftigte Techniker haben die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 17½ Schilling wöchentlich.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. Lorenz-Kruplat Sieger im Breslauer Sechstagerennen. Das Breslauer Sechstagerennen hat am Dienstag abend sein Ende erreicht. Sieger wurde die Mannschaft Lorenz-Kruplat. Nach 145 Stunden waren 4087,800 Kilometer gefahren.

Börse und Handel.

Geschäftsstille an der Börse.

* Berlin, 20. Februar.

Abgesehen von einem rasch aufflackernden, aber schnell wieder verschwundenen Interesse für Schiffahrtsaktien herrschte an der Börse die gleiche hochgradige Geschäftsstille wie an den Vortagen. Der Kursstand senkte sich infolge von anhaltenden Verkäufen des Publikums, die mit der Beschaffung der Gelder für die bestehenden großen Zahlungen der Steuern zusammenhängen, für die führenden Papiere um einige — bis vereinzelt 5 — Billionen %. Am Geldmarkt und im Devisenverkehr hat sich nichts von Bedeutung verändert. Im Frankensturz scheint eine Ruhepause eingetreten zu sein.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr

Börsenplätze	20. 2. gesucht	20. 2. angeb.	19. 2. gesucht	19. 2. angeb.
Holland 1 Guld.	1 566 075	1 573 925	1 566 075	1 573 925
Dänemark 1 Kr.	664 335	667 565	660 45	668 665
Schweden 1 Kr.	1 097 250	1 102 750	1 101 240	1 106 760
Norwegen 1 Kr.	554 610	557 390	554 610	557 390
Finnland Mark	105 735	105 265	105 735	106 265
Amerika 1 Dollar	4 189 500	4 210 500	4 189 500	4 210 500
England 1 Pfd.	18 054 750	18 145 250	18 004 875	18 095 125
Schweiz 1 Fr.	728 175	731 825	728 175	731 825
Frankreich 1 Fr.	179 550	180 450	177 555	178 445
Belgien 1 Fr.	147 630	148 370	151 620	152 380
Italien 1 Lira	181 545	182 455	181 545	182 455
Tschechien 1 Kr.	121 695	122 305	121 695	122 305
Österr. 1000 Kr.	59 351	59 649	59 351	59 649
Ungarn 1000 Kr.	147 630	148 370	148 627	149 373

* Berliner Schlachtviehmarkt vom 20. Februar. Auftrieb: Rinder 1755, darunter 539 Bullen, 363 Ochsen, 853 Kühe und Färsen, Kälber 1650, Schafe 2750, Schweine 9265, Ziegen 12, Schweine aus dem Ausland 1409. Preise: Ochsen 40—43, Färsen und Kühe 35—40, Kälber 80—85, Stallmastschafe 43—48, Schweine 66, Ziegen 20—25. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig.

* **Ostdevisen in Berlin** am 20. Februar: Auszahlung Bukarest 23 133, Riga —, Reval 10 989, Kowno 425 700, Kattowitz 0,471. — **Noten:** Polnische Mark 0,438, lettische Mark —, estnische Mark 10 040, Lit. 411 500.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	20. 2.	19. 2.		20. 2.	19. 2.
Weiz., märk.	166-172	166-172	Weizkl. f. Brl.	8,3-8,5	8,3-8,4
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	7,1-7,3	6,9-7,15
Rogg., märk.	137-141	137-141	Raps	290-295	290-295
pommerscher	133-135	133-135	Leinsaat	415-435	415-435
westpreuß.	—	133	Viktor.-Erbs.	27-29,5	26-28,5
Braugerste	155-170	155-170	kl. Speiseerbs.	18,5-22	19-20
Futtergerste	140-150	140-150	Futtererbsen	13-14	13-14
Hafer, märk.	110-118	110-118	Peluschken	12-13	13-14
pommerscher	108-113	108-113	Ackerbohnen	13,5-14	13-14,5
westpreuß.	—	—	Wicken	14-15	14-15
Weizenmehl			Lupin., blaue	14-14,5	14-15
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	15-16,5	15-16,5
Bln. br. inkl.			Seradella	14-14,5	14-14,5
Sack (feinst.			Rapskuchen	10,5	10-10,6
Mrk. ü. Not.)	25,5-27,2	25,5-27	Leinkuchen	21-22	21-22
Roggenmehl			Trockenschzl.	8-8,2	7,8-7,9
p. 100 Kil. fr.			vw. Zuckschn.	16-17	15,5-16
Berl. brutto			Torfml. 30/70	8-8,2	—
inkl. Sack	22-24	22-24	Kartoffelfl.	16,4	—

* **Noch kein Micumabkommen der Drahtwerke.** Mitteilungen, die Drahtwerke des besetzten Gebietes hätten mit der Micum ein Abkommen über die Ausfuhrabgabe geschlossen, entsprechen nicht den Tatsachen. Den führenden Werken der Drahtindustrie ist jedenfalls davon bis heute nichts bekannt. Möglich wäre lediglich, daß die in Düsseldorf noch bestehende Interessenvertretung mit der Micum Fühlung wegen Abschlusses eines Abkommens über die Ausfuhr genommen hat.

* **Krupp-Erzeugnisse für Südafrika.** Der Pariser „Matin" meldet aus London, daß der britische Oberkommissar für Südafrika in London mit der Firma Krupp einen Kontrakt über Lieferung von 4000 Rädern von Lokomotiven und Waggons abgeschlossen hat.

* **Besserung der ungarischen Krone.** Infolge der geplanten scharfen Maßnahmen der Regierung hat sich der Stand der Krone in den letzten Tagen etwas gebessert. Statt 110 000 Kronen stellte sich der Dollar auf 85 000—90 000. Finanzminister Kallay ist infolge des Widerstandes in der Nationalversammlung gegen die geplante Verordnung zurückgetreten.

* **Massenanklage gegen Pariser Banken.** Infolge einer an den Untersuchungsrichter gelangten Anzeige betreffend die Einführung fremder Wertpapiere nach Frankreich und die Ausfuhr von Kapitalien ist eine Untersuchung gegen Unbekannt eingeleitet worden. In dieser Anzeige werden zahlreiche Banken und Kredithäuser erwähnt.

* **Der Frankensturz in Newyork.** Hier ist der Rückgang des französischen Frank besonders sensationell gewesen. Der Frank ist sieben Punkte unter dem Vortagsstand notiert worden.

Schriftleitung: Wilh. Bell Halver.

Henni Urff
Wilhelm Eicker
Verlobte

Langenberg Rhld. Mühlenstr. 12 — Essen-Ruhr Brauerstr. 1

den 22. Februar 1924.

Statt besonderer Anzeige.



Gottes Wille war es, heute vormittag 11 Uhr unsere liebe, kleine

Luise

im zarten Alter von 1 Monat wieder zu sich in den Himmel zu nehmen.

Othmaringhausen, den 20. Februar 1924.

Hermann Vormann u. Frau
Paula geb. Benscheidt.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 23. Februar, nachm. 2½ Uhr vom Sterbehause aus statt.

Amt Kierspe.

Bekanntmachungen.

Die am 14. 2. 24 festgesetzte **Gemeindekassenrechnung** von Kierspe für 1922 liegt 2 Wochen zur Einsicht der Gemeindeeingesessenen im Zimmer 1 des Amtshauses aus.

Kierspe, den 15. Februar 1924.

Der Amtmann.

Für das Rechnungsjahr 1923 werden gemäß Beschluß der Gemeinde-Vertretung vom 19. ds. Mts von den über 4000 Mk zur Gewerbesteuer veranlagten Gewerbetreibenden 30 000 000 000 % der staatlich veranlagten Gewerbesteuer als Beitrag zu den Kosten der gewerblichen Berufsschule erhoben.

Kierspe, den 16. Februar 1924.

Der Amtmann.

Aug. Vollmerhaus

Kierspe-Bahnhof

Manufaktur-, Confektions- und Aussteuer-Geschäft.

Spezialität: Betten.

Glas-, Porzellan- und Steingut. Geschenk-Artikel. | Aluminium-, Emaille-, Haus- und Küchengeräte.

Lebensmittel und Kolonialwaren
in nur Ia. Qualitäten
— zu außergewöhnlich billigen Preisen. —

Eingang von

Frühjahrs-Neuheiten

in

Covercoat- u. Tuchmäntel
14⁵⁰ 22⁵⁰ 41⁵⁰ 48⁵⁰
in grün, mode, grau und taupe

Taillenkleider
22⁵⁰ 30⁰⁰ 35⁷⁵ 39⁵⁰
in Popelin, Gabardine und Seidentricot

Blusen
6⁹⁵ 12⁷⁵ 14⁵⁰ 20⁷⁵
in Popelin, Wollkrepp und Seidentricot

Kleiderröcke
4⁵⁰ 5⁹⁵ 7⁰⁰ 12⁰⁰
in uni, Cheviot und gestr. Kammgarn

Strickwesten
15⁷⁵ 18⁵⁰ 20⁷⁵ 24⁵⁰
in aparten Farben, reine Wolle.

L. Stern,
Meinerzhagen.
Kirchstraße.

Inserieren bringt Gewinn!

Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft

Umstellung auf
Wertbeständigkeit
der Versicherungen ist unbedingt erforderlich.

Vermittlungen nimmt entgegen

Wilh. Crummener,
Halver, Taubenstr. 9

Jüngere
Mädchen
für leichte, saubere Arbeit sucht
A. Haack,
Halver



Niederlage bei:
W. Bell jr., Halver.
Gust. Schröder,
Schalksmühle.

Einladung!

Auf unsere Veranlassung veranstaltet der
Verein deutscher Ingenieure
eine Vortragsreihe über betriebswissenschaftliche Fragen, u. z.

1. **am Dienstag,** den 26. Februar 24: „Ueber das Wesen neuzeitlicher Betriebsführung und wirtschaftlicher Verwertung des Materials". Dipl.-Ing. Seubert, Düsseldorf. (Schüler von F. W. Taylor, U. S. o. A.),
2. **am Freitag,** den 29. Februar 24: „Die wirtschaftliche Verwertung der menschlichen Arbeitskraft (Zeitstudien)". Dipl.-Ing. Regnault, Werden a. d. Ruhr,
3. **am Dienstag,** den 4 März 24: „Psychotechnik und Organisation", Privatdozent Dr. Ing. Friedrich, Hannover,
4. **am Freitag,** den 7 März 24:
   a) „Selbstkostenberechnung",
   b) „ Einführung neuzeitlicher Betriebsmethoden", Dipl.-Ing. Seubert-Düsseldorf.

Die Vorträge **beginnen** jeweils um **5 Uhr nachmittags** im Saale der Gesellschaft **Konkordia** in **Lüdenscheid.**

Eintrittspreis: für den einzelnen Vortrag Goldmark 1,50; für die ganze Vortragsreihe Goldmark 5,—, am Saaleingang zahlbar.

Diese Einladung wolle man als Programm aufheben.

Zu diesen Vorträgen sind alle Interessenten, namentlich aber Betriebsinhaber, -leiter, -führer, -meister und sonstige technische Angestellte, sowie alle anderen Kreise von Handel und Gewerbe eingeladen.

Die Teilnahme kann warm empfohlen werden.

Lüdenscheid, 19. Februar 1924.

Handelskammer zu Lüdenscheid.

Zum Stellenwechsel am 1. April.

Stellen-Anzeigen

(Angebote oder Gesuche) Pensionsanerbieten und Gesuche usw. für den Personal-Anzeiger des

Daheim

vermittelt zu Originalpreisen prompt der

„Allgemeiner Anzeiger", Halver.

Die Anzeigenpreise im Daheim betragen gegenwärtig 60 Pfg für die einspaltige Druck-Zeile (7 Silben) bei Stellen-Gesuchen nur 40 Pfg.

Das Daheim ist über ganz Deutschland und angrenzende Teile deutscher Zunge stark verbreitet. Sein weltbekannter seit 1 Februar wöchentlich erscheinender Personal-Anzeiger führt Angebot und Nachfrage rasch zusammen.

Bienenzucht-Verein Schmidthausen-Bommert

Samstag, den 1. März nachm. 4½ Uhr, bei **Geschw. Faßbender in Halver**

Versammlung

Meinerzhagen-Valbert-Kierspe-Rönsahler-Pferdeversicherung.

Gen.-Versammlung
am **Sonntag, den 24. d. M. nachm. 4 Uhr** im Lokale des **Herrn Fr. Rittinghaus in Meinerzhagen.**

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Vorstandssitzung
3½ Uhr.

Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich

Der Vorstand.
I. A.: Rittinghaus, Schriftführer.

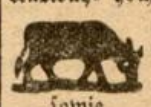


Jagdhund
weiß m. braunen Platten, Münsterländer, ¾ Jahr alt
abhanden gekommen.

Derjenige, der über den Verbleib des Hundes Auskunft geben kann, erhält entsprechende Belohnung.

Paul vom Brocke, Halver.

Erhielt wieder eine Auswahl hochtragende



Kühe u. Rinder
sowie
Oldenb. Ferkel.



Carl Schmale, Halver
Telefon 28.

Briefkasetten
mit und ohne Druck empfiehlt
Buchdruckerei Wilh. Bell jr.